

## «ST.GALLER KLIMAFONDS»

Medienkonferenz zum Start der Unterschriftensammlung  
Donnerstag, 18. November 2021, 8.30 Uhr, Stadthofsaal Rorschach



Votum Claudia Friedl, SP-Nationalrätin, Präsidentin Casafair Schweiz, Klima- und  
Umweltpolitikerin

## «AN DIE ARBEIT – UND ZWAR MIT HOCHDRUCK!»

Der Klimawandel bewegt. Fast 30'000 Teilnehmende aus 200 Länder wollten an der Klimakonferenz «COP26» in Glasgow deutliche Schritte vorwärts machen und die Klimakrise lösen. Es ist dringender denn je. Das Fenster zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels schliesse sich, sagte der Präsident des Weltklimagipfels zu Beginn der Verhandlungen. Langsam scheint es auch bei konservativen Politikern anzukommen, dass die Menschheit keine Zeit mehr hat. So hat Boris Johnson die Konferenz mit folgenden Worten eröffnet: «Dieses Treffen muss die Bombe des Klimawandels entschärfen.» Aber das Fazit am Schluss der Konferenz ist ernüchternd: Es ist nicht gelungen. In letzter Minute wurden die Forderungen vor allem im Bereich Kohle auf Druck von China und Indien zurückbuchstabiert. Gemäss den Berechnungen würden die jetzt von den Ländern vorgelegten Ziele immer noch zu einer Erwärmung von 2.4 Grad bis Ende dieses Jahrhunderts führen. Das ist immens zu hoch gegenüber einer Grenze von 1.5 Grad. Das heisst, die bisher beschlossenen Massnahmen der Länder sind absolut ungenügend.

Auch die Schweiz erhält definitiv keine guten Noten, wenn es darum geht, Massnahmen zu präsentieren, mit denen das Ziel von Nettonull bis 2050 und damit eine Begrenzung der Erwärmung von höchstens 1.5 Grad bis Ende des Jahrhunderts wirklich erreicht werden kann. Unter anderem wegen dem abgelehnten CO2-Gesetz. Die Schweiz steht nun zwar mit guten langfristigen Zielen da, aber ohne Plan, wie sie diese erreichen will. Aber, und das ist gut, die Beschlüsse in Glasgow haben den Druck auf die Schweiz erhöht, in der Klimapolitik das Tempo zu erhöhen. Denn jetzt müssen alle Länder, die noch nicht auf Kurs sind, ihre Ziele bis Ende des kommenden Jahres nachschärfen. Für die Schweiz heisst das, an die Arbeit und zwar mit Hochdruck. Der aktuelle «Climate Change Performance Index» (CCPI), der in Glasgow veröffentlicht wurde, zeigt das mit aller Deutlichkeit: Bezogen auf die nationale Klimapolitik stürzt die Schweiz vom 28. auf den 51. Platz ab. Und das bei 60 erfassten Ländern, wobei diese 60 Länder mehr als 90% der weltweiten Treibhausgasemissionen verantworten. Rechnet man die Kompensationen im Ausland mit ein, liegt die Schweiz auf Platz 36.

Die Krise ist auch bei uns spürbar geworden. Jeder von Ihnen hat bestimmt noch die Bilder der extremen Sommer im Kopf. Entweder ist es zu heiss und zu trocken wie 2018 und 2019, oder es regnet und stürmt so stark, dass Flüsse und Seen über die Ufer treten und zu massiven Schäden an Infrastruktur und Natur führen. So hat es beispielsweise in Zürich Altstetten in diesem Sommer in der Nacht vom 13. Juli während nur gerade 15 Minuten so stark gestürmt, dass rund die Hälfte der Bäume umgestürzt sind. Tage später hat dann der intensive Dauerregen begonnen, von dem bis aufs Engadin die ganze Schweiz betroffen war. Auch der Bodensee ist über die Ufer getreten. Trotz des diesjährigen verregneten Sommers in der Schweiz, war der Sommer Europaweit überdurchschnittlich heiss. In

Griechenland und Italien gab es Temperaturen um die 50 Grad Celsius und massive Waldbrände.

Einzelne solche Wetterereignisse an sich hat es auch schon früher gegeben, die Häufung ist jedoch aussergewöhnlich und hängt eindeutig mit der Erderhitzung zusammen. Der Jetstream verändert sich durch die Klimaerhitzung und führt dadurch zu starken und extremeren Ausschweifungen. In Zukunft wird es extremer werden, wenn auch die Ozeane sich weiter erhitzen. Diese Veränderungen sind nicht zum Guten. Die Welternährung ist gefährdet. Abwarten ist also kein Lösungsansatz und auch schöne Worte sind vorbei. Im Grunde wissen wir es alle: Jede und jeder muss handeln, auf allen Ebenen, und vor allem die politisch Verantwortlichen sind in der Pflicht.

Der Kanton Zürich stimmt am 28. November über das Energiegesetz ab, bei dem es ebenfalls um das Verbot von fossilen Heizungen geht. National wird die SP eine Klimafondsinitiative lancieren, wie letztes Wochenende angekündigt wurde; ein nationaler Klimafonds soll massive Investitionen in die Steigerung der Energieeffizienz und die Gewinnung erneuerbarer Energie auslösen und zudem vielen vom Klimawandel und von den Anpassungen existenziell betroffenen Menschen wieder eine Bildungsperspektive oder berufliche Perspektive geben. In absehbarer Zeit werden wir über die Gletscherinitiative abstimmen, sofern das Parlament nicht einen griffigen Gegenvorschlag ausarbeitet. In der zuständigen Kommission wird jetzt von Neuem über Massnahmen im Bereich Gebäude und Verkehr diskutiert. Ziel ist eine klimaneutrale Schweiz bis 2050, das heisst Netto-Null. Für den Ausstieg aus den fossilen Energien braucht es einen linearen Absenkpfad mit verbindlichen Zwischenzielen bis 2050. Parallel dazu braucht es eine starke Förderung der erneuerbaren Energien mit klarem Schwerpunkt bei Photovoltaik-Anlagen. Ein weiterer Ansatzpunkt wird sein, den Schweizer Finanzplatz nachhaltig umzubauen. Nach dem abgelehnten CO<sub>2</sub>-Gesetz müssen wir dringender handeln denn je, aber es müssen Massnahmen sein, die der Bevölkerung zugute kommen.

Die SP kämpft seit den 1970er Jahren für eine effektive und sozial verträgliche Klimapolitik, an der alle teilhaben. Dafür ist es uns wichtig, dass auch die Kantone vorwärts machen. Deshalb lancieren wir die Klimainitiative für einen Klimafonds mit 100 Millionen aus dem besonderen Eigenkapital, der klimafreundliche Projekte unterstützt. Diese Massnahmen sind gut für das Klima, aber auch für Mieter\*innen und Wohneigentümer\*innen, weil die Investitionen durch die Unterstützung sinken und Heizkosten gespart werden können. Deshalb unterstützt auch der Verband für verantwortungsbewussten Wohneigentümer\*innen Casafair Ostschweiz diese Initiative.

Es ist noch nicht zu spät, um gegen die Klimakrise, wir können die Wende immer noch schaffen. Nach dem Scheitern des CO<sub>2</sub>-Gesetzes an der Urne auf nationaler Ebene müssen wir nun rasch auf kantonaler Ebene praktikable Wege vorschlagen. Ein weiteres Zuwarten erlaubt unsere Zukunft nicht. Der St.Galler Klimafonds ist ein griffiges Mittel dazu!

Es gilt das gesprochene Wort